

Beschluss des Landrats vom 08.11.2018

Nr. 2317

46. kantonale Strategie Biodiversität 2017/642; Protokoll: mko

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat ablehnt. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Stephan Ackermann (Grüne) findet es eher ehrgeizig, das Thema in den nächsten Minuten zu behandeln, denn die folgenden Geschäfte gehören eigentlich mit diesem hier zusammen. Damit er nicht zu jedem der nachfolgenden Geschäfte das Wort ergreifen muss, wird er alles in der Einleitung zu diesem Geschäft zusammenfassen und einige grundsätzliche Gedanken auf den Weg geben.

Überrascht musste der Votant feststellen, dass die Regierung nicht bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Das Postulat hat er zwar nur geerbt, er kann aber voll und ganz dahinterstehen. Als Regierungsrat hätte der Votant das Postulat natürlich liebend gern entgegen genommen und etwas ausgearbeitet.

Worum geht es? Eben noch konnte man in der Presse über die Biodiversität in der Schweiz lesen. Die OSZE kommt in ihrem Prüfungsergebnis zum Schluss, dass es von den geplanten 17% an Schutzgebieten in der Schweiz nur deren 6.3% gibt. Was ist Biodiversität überhaupt? Es geht um die ganze Vielfalt des Lebens – das Ökosystem, die Arten, Tiere, Pflanzen, Pilze und Mikroorganismen sowie um die genetische Vielfalt. Die Biodiversität befindet sich in der Schweiz in einem unbefriedigenden Zustand. Mehr als ein Drittel der untersuchten Arten sind bedroht, die Fläche von wertvollen Lebensräumen ist stark geschrumpft und regionale Besonderheiten gehen verloren. Der Rückgang der Anzahl Lebewesen lässt sich auf verschiedene Art und Weise feststellen. Man mag sich vielleicht noch daran erinnern, dass man früher über die Autobahn fuhr und hin und wieder an der Raststätte anhalten musste, um die Windschutzscheibe von den Insekten zu befreien. Das ist heute nicht mehr der Fall, obschon der Votant dies als Velofahrer nicht aus eigener Erfahrung kennt. Er kann dafür heute viel eher mit offenem Maul durch die Landschaft fahren, weil er weniger Mücken verschluckt.

Interessant dabei ist, wie die Menschen mit solchen Erkenntnissen und wissenschaftlichen Fakten umgehen. Es ist dem Votanten bewusst, dass Fakten nur dann beigezogen werden, wenn es für die eigene Sache von Vorteil ist. Der Lauf der Welt nimmt aber keine Rücksicht auf die Scheindebatte im Liestaler Landratssaal. Der Rückgang der Biodiversität oder die von den Menschen verursachte Klimaerwärmung ist allen bekannt. Die Hoffnung, dass alles ohne grossen Schaden an einem – und auch an den Kindern oder Enkelkindern – vorbeigeht, ist sehr gross. Grundsätzlich mag man es am liebsten, wenn man nichts Konkretes tun muss und es nichts kostet. Gut fände man auch, wenn man es auf die Anderen abwälzen könnte. Sollen die doch etwas tun! Bei einer globalen Herausforderung wie der Klimaerwärmung können vielleicht Millionenbeiträge im Ausland mehr Wirkung erzielen als in der Schweiz. Doch sind diese Zusammenhänge den Leuten wirklich klar? Weshalb anderswo grosse Investitionen getätigt werden – jedoch nicht vor der eigenen Haustüre?

Der letzte Sommer war nur ein Vorgeschmack auf das, was auf einen zukommt. Es wird eine ziemlich trockene und heisse Sache werden. Gerade gestern konnte man von den Klimaszenarien Kenntnis nehmen, die die ETH Zürich mit Meteo Schweiz veröffentlichte. Es sind globale Herausforderungen. Die Biodiversität aber muss vor der eigenen Haustüre geschützt werden; es gibt nichts an Andere zu delegieren. Jede und jeder ist gefragt: Gemeinde, Kanton und Eidgenossenschaft. Am besten geht es Hand in Hand und gut abgesprochen, damit die linke weiss, was die

rechte tut. Genau das ist, was das Postulat fordert. Beim vorliegenden Geschäft geht es «nur» um ein Postulat. Der Votant hätte eine Motion daraus gemacht. Philipp Schoch kannte den Ratsbetrieb aber besser und kam mit einem Postulat daher. Es geht somit nur um Prüfen und Berichten. Es wäre zu wünschen, wenn die Regierung diesen Auftrag erhielte.

Thomas Noack (SP) liest aus der Antwort der Regierung, dass der Kanton bereits grosse Teile des Aktionsplans erfüllt habe, indem das Naturschutzgebiet vergrössert wurde. Es folgt eine Flächenbilanz. Im Bericht steht aber kein Wort über den Erfolg von Massnahmen in Bezug auf die Förderung der Biodiversität. Genau diese gilt es ja zu fördern. Es reicht nicht, nur ein paar Naturschutzgebiete auszuweisen – so wichtig sie auch sein mögen.

Die SP-Fraktion meint, dass noch drei wesentliche Handlungsfelder offen sind, weshalb sie dafür ist, das Postulat zu überweisen. Das erste Handlungsfeld ist «Ökosystem und Lebensraum». Es braucht im Kanton dringend eine vorwärtsgerichtete Strategie, wie mit der Landschaft umzugehen ist. Stichworte sind Vielfalt der Ökosysteme, Vielfalt der Lebensraumtypen. Der Fokus darf aber nicht auf der Flächenbilanz ruhen bleiben. Für eine nachhaltige Nutzung des Lebensraums braucht es eine formulierte Strategie. Der zweite Punkt ist die Arten- und die genetische Vielfalt. Etwa ein Drittel der Arten in der Schweiz sind bedroht. Das kann man bedauern und den guten alten Zeiten nachtrauern. Es ist dies aber ein wichtiger Faktor für die Gesamtleistung und die Stabilität des Ökosystems, und damit auch für die eigene Zukunft und jene der nachfolgenden Generationen. Daran muss man noch etwas arbeiten. Der dritte Punkt ist, dass es dringend eine Erfolgskontrolle braucht, die weit über eine reine Flächenbilanz von Unterschutzstellungen hinausgeht. Aus diesen Gründen wird die SP-Fraktion das Postulat überweisen.

Beim Lesen des Vorstosses fragte sich **Hansruedi Wirz** (SVP), ob der Postulant und er wohl im selben Kanton wohnen. Es ist natürlich immer auch eine Frage der Wahrnehmung. Heute Morgen wurde über die Salzgewinnung geredet, wo die Haltung unterschiedlicher nicht hätte sein können – von «noch mehr» bis «gar nichts mehr». Dann ging es um das Wirtschaftsförderungsgesetz, wo es darum geht, mehr Betriebe in den Kanton zu holen. Anschliessend wurde über die Poststellen geredet, wo man möglichst alles bewahren möchte, wie es ist. Und hier, bei dieser Vorlage, geht es auch darum, am liebsten ein Ballenberg im Baselbiet zu haben. In diesem Kontext bewegt man sich.

Man kann nun argumentieren, dass der Kanton zu wenig in dieser Hinsicht unternehme, oder man glaubt seinen Zahlen nicht. Alle vier Jahre werden Kredite für den Umweltschutz im Wald gesprochen. Man macht also schon relativ viel. Der Votant erinnert sich, dass dereinst allmonatlich jemand bei ihm vorbei kam, um die Schmetterlinge zu zählen. Und ein anderer kam vorbei, um die Grashüpfer zu zählen. Dieser ging gar nicht mal bis ins Feld hinein, sondern lief nur der Strasse entlang und versuchte, vom Asphalt aus mit dem Netzchen Insekten aus dem Gras zu fischen. Das kam ihm vor wie eine Szene aus Winnetou. Damit soll seine Arbeit nicht geschmälert werden – er machte seinen Job, er fing seine Sachen. In der letzten Zeit konnte man aber von Schmetterlingen und anderen Insekten lesen, die schon jahrelang nicht mehr aufgetaucht sein sollen. Der Votant ist täglich mit offenen Augen in der Natur unterwegs und begegnet regelmässig diesen «verschwundenen» Exemplaren.

Der Kanton unternimmt also schon viel in diesem Bereich, weshalb es nicht nötig ist, den Vorstoss zu überweisen.

Claudia Brodbeck (CVP) sagt, dass laut Regierungsrat 8,7 % der Kantonsfläche verbindlich unter Schutz gestellt sind. Und dass zusätzlich die Landwirtinnen und Landwirte 12,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch mit kantonalen Verträgen über eine Laufzeit von jeweils acht Jahren bewirtschaften. Diese Verträge werden jeweils mehrheitlich verlängert. Insgesamt wird also 16,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, bzw. inklusive der Siedlungsfläche 13,7 % der Kan-

tonsfläche, ökologisch bewirtschaftet. Der Kanton Basel-Landschaft hat ein kantonales Vernetzungskonzept und seit über 25 Jahren auch ein Programm für den ökologischen Ausgleich. Das erachtet die CVP/BDP-Fraktion durchaus als eine kantonale Strategie für die Biodiversität. Mit den ökologischen Bewirtschaftungsverträgen wird ein hohes Mass an Dynamik und ökologischer Wertschöpfung generiert. Dank guter Beratung und auch dank Kontrollen der Auflage. Deshalb erachtet die CVP/BDP-Fraktion die Forderung des Vorstosses als erfüllt und unterstützt die Ablehnung.

Stefan Zemp (SP) merkt Teilen des Landrats an, dass sie nicht wirklich etwas zugunsten der Biodiversität machen möchten. Vorgestern stand in der Basler Zeitung, dass es eine neue Strategie für neue Strassen in Basel-Stadt und Umgebung gebe. Das kostet mehrere Milliarden Franken. Dafür ist Geld vorhanden. Der Votant war in den letzten zehn Jahren mehrmals im Ausland, sei es in Frankreich, Piemont, Bosnien oder Ukraine. Als er zurückkam, fiel ihm jedes Mal auf, wie armselig die Schweizer Biodiversität ist. Trotzdem möchte man das Postulat ablehnen. Ein bekanntes Sprichwort eines Indianers geht so: Wenn der letzte Baum weg, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist – dann erst wird der Mensch feststellen, dass er Geld nicht fressen kann.

Markus Graf (SVP) muss Stephan Ackermann inhaltlich Recht geben, nur findet er den Ansatz schlecht. Wie wäre es, wenn man stattdessen unten ansetzen würde? Bei jedem zuhause? Wie sieht es denn in all den Gärten aus, wie mit dem englischen Rasen, wie mit den Verbundsteinen in den Gärten, wie mit dem Schotter, der überall herumliegt – weil niemand mehr Zeit hat und sich niemand mehr Zeit nimmt dafür. Unten muss man ansetzen – und nicht oben, bei der Landwirtschaft.

Genau darum geht es, antwortet **Stephan Ackermann** (Grüne) auf das Votum von Markus Graf. Bei der Biodiversität wird unten angefangen. Vor Ort. Schlussendlich sind es globale Anforderungen, die man aber von unten anpacken muss.

Es ist in der Tat erbärmlich: Auf den Häusern werden Flachdächer aufwändig begrünt, während man das Gärtchen möglichst einfach hält und keine Arbeit investiert. Das ist absolut falsch. Und es ist ja schön, wenn Hansruedi Wirz durch die Landschaft laufen und jemandem zuschauen kann, wie er Schmetterlinge fängt. Schliesslich aber sagen die Zahlen, die dabei herauskommen, einiges über die Biodiversität aus. Und dann geht es nicht mehr um Gefühle oder Wahrnehmungen, sondern es liegen Fakten auf dem Tisch. Auch beim Salz wird übrigens nach Fakten verlangt, um in der Lage zu sein, die richtigen Entscheide zu treffen. Genau darum geht es auch in diesem Vorstoss: Es braucht das Datenmaterial, damit die Grundlage zur Entscheidung vorhanden ist, ob man etwas unternehmen muss oder nicht.

://: Mit 40:29 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.
